

Der Staatsminister

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN
01095 Dresden

Aktenzeichen
(bitte bei Antwort angeben)
3-1053/66/42

Dresden, 30. Oktober 2018

Präsidenten des Sächsischen Landtages
Herrn Dr. Matthias Rößler
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Kleine Anfrage des Abgeordneten Enrico Stange (DIE LINKE)

Drs.-Nr.: 6/14905

Thema: SEK-Beamten wird die Ausübung der Dienstgeschäfte untersagt

Sehr geehrter Herr Präsident,

den Fragen sind folgende Ausführungen vorangestellt:

„In einer Pressemitteilung des Landeskriminalamtes Sachsen vom 28.09.2018 ist zu lesen: ‚Eine sofort durch die Amtsleitung des Landeskriminalamtes Sachsen veranlasste Prüfung bei der einsatzführenden Dienststelle und dem Bundeskriminalamt ergab, dass in einer Liste der Name Uwe Bönnhardt eingetragen wurde. Der Name sollte aus Sicht der eintragenden Beamten für ein Zutritts- und Berechtigungsdokument genutzt werden. Dies wurde durch die einsatzführende Dienststelle unterbunden, ausgewertet und gemeldet. Die Beamten wurden durch das Landeskriminalamt Sachsen unverzüglich aus dem Einsatz abgezogen und hatten Gelegenheit zu einer ersten Stellungnahme. Ihnen wurde in der unmittelbaren Folge die Führung der Dienstgeschäfte untersagt. Im Rahmen des bereits eingeleiteten Disziplinarverfahrens wird die Entfernung der Beamten aus dem Dienst angestrebt.‘

Die Staatsregierung antwortete zur Drs. 6/11696 bezüglich eines Aufnähers mit der Abbildung der Raben Odins (Hugin und Munin) auf der Uniform eines SEK-Beamten: ‚Die Prüfungen sind abgeschlossen. Es wurde eine schriftliche Missbilligung ausgesprochen.‘“

Namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wie stellt sich der Sachverhalt nach den Untersuchungen der LKA-Leitung zur Verwendung des Alias „Uwe Bönnhardt“ dar und haben sich beide SEK-Beamte in die betreffende Liste mit diesem Tarnnamen eingetragen?

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium
des Innern
Wilhelm-Buck-Str. 2
01097 Dresden

Telefon +49 351 564-0
Telefax +49 351 564-3199
www.smi.sachsen.de

Verkehrsanbindung:
Zu erreichen mit den Straßenbahnlinien 3, 6, 7, 8, 13

Besucherparkplätze:
Bitte beim Empfang Wilhelm-Buck-Str. 2 oder 4 melden.

Frage 2:

Welche Verfehlungen werden den beiden in der Pressemitteilung aus der Vorbemerkung in Bezug genommenen SEK-Beamten vorgeworfen und sind ggf. aufgrund der Informationen der Berliner Behörden und nach weiteren Untersuchungen durch das LKA weitere SEK-Beamte in den Vorfall oder andere Vorfälle anlässlich des betreffenden Einsatzes verwickelt?

Zusammenfassende Antwort auf die Fragen 1 und 2:

Der Sachverhalt stellt sich so dar, wie er durch das Landeskriminalamt (LKA) Sachsen in der Pressemitteilung vom 28. September 2018 veröffentlicht wurde. Gegenwärtig wird der Sachverhalt disziplinarrechtlich geprüft. Die Prüfung ist noch nicht abgeschlossen.

Frage 3:

Welche disziplinarrechtlichen Verstöße werden den beiden SEK-Beamten aus der Pressemitteilung des LKA vorgeworfen? (Bitte mit Angabe der einschlägigen Rechtsgrundlagen!)

Frage 5:

Handelt es sich bei einem der beiden SEK-Beamten aus der Pressemitteilung des LKA um den Beamten, gegen den eine schriftliche Missbilligung wegen des Tragens eines Aufnehmers mit der Abbildung der Raben Odins auf der Dienstuniform gemäß dem 2. Absatz der Vorbemerkung ausgesprochen wurde?

Zusammenfassende Antwort auf die Fragen 3 und 5:

Von einer Beantwortung der Fragen wird abgesehen.

Einer Beantwortung stehen Rechte Dritter sowie gesetzliche Regelungen im Sinne des Artikels 51 Absatz 2 der Verfassung des Freistaates Sachsen (SächsVerf) entgegen.

Mit den Fragen werden Auskünfte aus den Personalakten der betroffenen Beamten begehrt. Der Auskunftserteilung steht das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (Artikel 33 SächsVerf) entgegen.

Die Staatsregierung ist sich der herausgehobenen Bedeutung des parlamentarischen Fragerechts für die in der Verfassung verankerte Funktion des Abgeordneten bewusst. Allerdings ist dieses Fragerecht nicht schrankenlos. Bei ihrer Entscheidung hat die Staatsregierung das geschützte Recht der Beamten auf informationelle Selbstbestimmung zu berücksichtigen. Die erforderliche Abwägung zwischen dem Interesse des Abgeordneten an der Beantwortung seiner Fragen und dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Beamten fällt zu Lasten des Fragestellers aus.

Dessen Auskunftsrecht wird bereits insoweit Rechnung getragen, als das die gegen die betroffenen Beamten erhobenen Vorwürfe durch den Dienstvorgesetzten geprüft und aufgeklärt werden. Die vorliegenden Fragen zielen darüber hinaus auf detaillierte inhaltliche Informationen über die disziplinarrechtlichen Prüfungshandlungen ab und betreffen damit den Kernbereich des Persönlichkeitsrechts der betroffenen Beamten. Insoweit ist der Konflikt zwischen den konkurrierenden Verfassungsgütern zu Gunsten des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung der betroffenen Beamten aufzulösen.

Darüber hinaus steht der Beantwortung § 115 Abs. 3 Sächsisches Beamtenengesetz entgegen. Danach dürfen Auskünfte aus einer Personalakte, zu der auch Unterlagen über disziplinarrechtliche Prüfungen gehören, an Dritte nur mit Einwilligung der Beamten erteilt werden, es sei denn die Abwehr einer erheblichen Beeinträchtigung des Gemeinwohls oder der Schutz berechtigter, höherrangiger Interessen eines Dritten erfordert die Auskunftserteilung zwingend. Zwar handelt es sich bei dem parlamentarischen Fragerecht um ein berechtigtes Interesse Dritter im Sinne dieser Norm. Die Abwägung dieses Interesses mit dem Interesse an der Vertraulichkeit der in den Personalakten enthaltenen Informationen ergibt aber aus den oben aufgeführten Gründen, dass das Interesse des Abgeordneten hier nicht höher zu bewerten ist.

Frage 4:

Wird gegen die beiden sächsischen SEK-Beamten aus der Pressemitteilung des LKA strafrechtlich ermittelt? (Bitte mit Angabe des Straftatbestands!)

Wegen des in der Pressemitteilung des LKA Sachsen beschriebenen Sachverhalts sind bei den sächsischen Staatsanwaltschaften gegen die beiden SEK-Beamten keine Ermittlungsverfahren anhängig.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Roland Wöller